



## UNVERSCHÄMT – INAKZEPTABEL – INFAM

**DPoIG Hamburg** weist die Rassismusvorwürfe gegen die Polizei mit aller Entschiedenheit zurück: Schluss mit dem Polizei-Bashing!

Von Joachim Lenders, Landesvorsitzender und Erster stellvertretender Bundesvorsitzender

Es beginnt am 25. Mai 2020 mit dem Tod des Afroamerikaners George Floyd. Bei seiner Festnahme durch Polizeibeamte kommt er zu Tode und ein Video des Vorfalls sorgt weltweit für Empörung. Die vier beteiligten Polizeibeamten werden aus dem Dienst entlassen und wegen des Verdachts auf ein Tötungsdelikt inhaftiert und angeklagt. Anschlie-

ßend kommt es in vielen Städten der USA zu Unruhen und Protestaktionen. Die Demonstrationen verlagern sich auch nach Europa.

Knapp zwei Wochen dauert es, bis die Protestwelle auch Deutschland erreicht. Am 6. Juni 2020 nehmen Zehntausende Menschen an Demonstrationen in etlichen deutschen Großstädten teil. Corona-Regeln werden übrigens für „diese“ Demos ausgesetzt. Zu schön ist die Idee, endlich mal wieder was auf der Straße zu bewegen. Wenn schon nicht „Fridays for Future“ dann wenigstens „Black-Lives-Matter“. Die Politik wird da schon keinen Strich durch die Rechnung machen und

wohlwollend unterstützen. Und von der Polizei ist in dieser Hinsicht und bei diesem Thema nichts zu erwarten ... Apropos Thema, es wirkt auch manchmal etwas befremdlich, dass ein Ereignis im fernen Amerika Tausende bei uns auf die Straße treibt. Andere Themen, die direkt vor der Haustür passieren, eher in der Berichterstattung der Medien zur Kenntnis genommen werden und fertig. Wie kann man sich ansonsten erklären, dass der zigfache abscheuliche Kindesmissbrauch in Lügde und Münster keine Massenbewegung auf die Straße gebracht hat. Glaubt jemand an Einzelfälle, die sich nur in NRW abspielen? Vollkommener Nonsense – es ist die Spitze eines Eisbergs, die durch die intensive und gute Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen aufgedeckt wurde. Es sind abscheuliche Gewaltverbrechen an den Schutzbedürftigsten in

unserer Gesellschaft, es sind unvorstellbare Gräueltaten, die tagtäglich begangen werden von Straftätern, die



© DPoIG Hamburg

Joachim Lenders

ein strukturiertes, schwer zu durchdringendes System erschaffen haben – eigentlich schon eine Parallelwelt.

**Aber vielleicht eher nicht das Thema des linken Mainstreams, um auf die Straße zu gehen**

Also wird zu Demonstrationen gegen Rassismus aufgerufen. Anfangs wird nur allgemein gegen Rassismus demonstriert – erst friedlich, dann aber fliegen nach bewährtem Muster Flaschen und Steine auf Einsatzkräfte der Polizei in Berlin, Hamburg und weiteren Städten. Und dann geht es plötzlich immer schneller in der Spirale: Erst wird noch die Frage ge-



© DPoIG Hamburg

### Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,  
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr  
Fotos: Frank Riebow, Friedhelm  
Windmüller, DPoIG Hamburg,  
Pixabay  
ISSN 0723-2230





stellt, ob es nicht auch in der deutschen Polizei Rassismus gibt, dann tauchen plötzlich Videos auf, die das belegen sollen und dann kommt auch schon die Behauptung, dass es vereinzelt Rassismus gebe und die Frage wird weitergedreht, ob es nicht auch strukturellen Rassismus in der deutschen Polizei gibt. Und dann endlich ist sie da, die Lichtgestalt: Die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken stellt die These auf, dass es latenten Rassismus in der deutschen Polizei gebe. Fakten, Tatsachen, Beweise bleibt sie schuldig – einfach mal behauptet und in den Raum gestellt reicht doch. Der „Spiegel“-Kolumnist Nikolaus Blome fragt bei Twitter nach: „Nur mal theoretisch: Gibt es etwas, das Saskia Esken in die Hand nehmen könnte, ohne dass es ihr kurz darauf um die Ohren fliegt?“ Dem niedersächsischen Innenminister Pistorius (SPD) flogen die Aussagen seiner Vorsitzenden wohl auch um die Ohren, die dann flugs von ihm in die niedersächsische Polizeiakademie eingeladen wurde. Nach dem dortigen Besuch relativierte Esken ihre Aussagen und der geneigte Nachrichtenkonsument fragte sich, ob das aus Überzeugung und gewachsener Erkenntnis passierte oder eher der Tatsache noch schlechterer Umfrageresultate geschuldet war. Unabhängig davon war der Startschuss für weiteres Polizei-Bashing gesetzt.

► **An allen Ecken und Enden tauchen sie auf: diejenigen, die es schon immer gehäht – nein gewusst haben: Die deutsche Polizei hat ein Problem mit dem Rassismus!**

Experten, Fachleute und sonstige Koryphäen, die sich endlich öffentlich mal wieder erheben durften. Da wird dann auch schon mal ein Professor der Hamburger Polizeihochschule, bekannt für seine steilen Thesen, zum Polizisten und Polizeiausbilder in einem Online-Portal stilisiert. Nun ja, es verkauft sich eben besser für den Mainstream, als wenn da ganz nüchtern die eigentliche Berufsbezeichnung gestanden hätte – und so ganz verkehrt ist es ja auch nicht. So werden eben Stimmungen erzeugt. Und der Herr Polizeiprofessor kommt wie erwartet zu dem Urteil, dass es in der Polizei Rassisten und Leute mit einer rechtsextremen Haltung gibt. Nebulös schwadronierend, ohne Ross und Reiter zu nennen. Am Ende resümiert der Herr Professor noch mal über den G20-Gipfel: 31.000 Polizisten waren über mehrere Tage in konfliktreichen Einsätzen und er höre, dass kein Einziger etwas gemacht haben soll, was strafrechtlich relevant ist. Nur zwei Polizisten seien wegen Lappalien verurteilt worden und viele andere, die zu heftig gegen Demonstranten vorgegangen seien, habe die Staatsanwaltschaft dafür nicht belangt. Und er kommt zu „seinem“ Urteil: „Formal juristisch war das bestimmt nicht zu beanstanden – aber was ist das für ein Signal?“

► **Und dieser Herr Professor unterrichtet den Polizeinachwuchs – der es mit formal juristischen Urteilen nicht so hat und lieber „Signalurteile“ haben möchte? Wo sind wir bitte mittlerweile angekommen – es ist unerträglich!**

Und genau das ist der Punkt: Die Signalwirkung, die von diesem ganzen Polizei-Bashing ausgeht. Täglich darf nochmals draufgesattelt werden. Jegliche Anstands- und Schamgrenzen fallen, verbales Aufrüsten ist angesagt. Vorläufiger Höhepunkt – der sicherlich in den nächsten Tagen wieder getoppt wird – ist die menschenverachtende Denke und Schreibe einer freien „taz“-Journalistin. Diese „Kolumnistin“ schreibt über die Abschaffung der Polizei und mögliche Berufsalternativen und kommt am Schluss zu der Erkenntnis, dass Polizisten am besten auf einer Mülldeponie aufgehoben seien: „Nicht als Müllmenschen mit Schüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** hat gegen die taz und ihre „Kolumnistin“ Strafanzeige erstattet. Und schon ist im Blätterwald zu hören, dass es sich doch möglicherweise um Satire handeln könnte.

► **Für wie blöde glaubt man eigentlich, den größten Teil der Bevölkerung zu halten. Kommt es von „Links“ ist es Satire, kommt es von „Rechts“ ist es Hetze – ist das das neue politische Koordinatensystem?**

Täglich wird jetzt von den Polizistinnen und Polizisten gefragt, warum dieses Polizei-Bashing auf der Tagesordnung steht und nicht abreißt. Befeuert von den Medien, über die Social-Media-Kanäle bis in die Politik. Kaum jemand stellt sich schützend vor die Polizei – bis auf die große schweigende Mehrheit. Bei entsprechenden Umfragen wird deutlich, welches hohe Vertrauen die Polizei bei der schweigenden Bevölkerung

hat. In der Regel deutlich über 80 Prozent der Befragten haben Vertrauen in die Polizei, dahinter liegend das Bundesverfassungsgericht (75 Prozent) und mit deutlichem Abstand kommen Presse (45 Prozent) und Fernsehen (34 Prozent).

► **Wo ist der Hamburger Innensenator Andy Grote, wenn es darum geht sich vor seine Polizei zu stellen**

Wir sehen und hören nichts von ihm – zumindest nicht bei diesem Thema. Abgetaucht, weil er zu denen gehört, die kein Vertrauen in die Polizei haben? Oder weil er mit der Einrichtung der neuen Beschwerdestelle für Polizeigewalt zu sehr beschäftigt ist?

Erst kommt die Kennzeichnungspflicht aus dem G20-Gipfel und nun die neue „Beschwerdestelle für Polizeigewalt“, die uns der Senator verordnet hat. Was passiert eigentlich, wenn irgendwann Polizisten kein Vertrauen mehr zu ihrem Senator haben? Sind wir dann wieder in den Zeiten von 2001 und davor angekommen? Werden Hamburgs Polizisten sich den „neuen Spielregeln“ anpassen und entsprechend ihren Einsatz und ihr Engagement danach ausrichten?

► **ES REICHT EINFACH!**

Es gibt keine rassistischen, gewaltbereiten Polizisten, die marodierend und prügelnd durch die Straßen ziehen. Wir haben weder in Hamburg noch sonst wo in Deutschland



© Pixabay (2)



amerikanische Verhältnisse. Unsere Polizei genießt eine hervorragende Ausbildung und wir tun alles Erdenkliche, um eine qualifizierte Personalauswahl zu treffen. Natürlich gibt es auch Fehlverhalten von Polizeibeamtinnen und -beamten sowie Polizeibesetzten – das steht doch außer Frage und wird keinesfalls unter den Teppich gekehrt. Bei diesen Einzelfällen greifen die Mechanismen, die gerade in den letzten 20 Jahren ständig erweitert und fortgeschrieben wurden, um angemessene

Maßnahmen zu treffen. Dazu gehören das Strafrecht wie auch das Disziplinar- und Beamtenrecht.

Fakt ist aber auch, dass im letzten Jahr bei der Polizei Hamburg 14 Beschwerden mit Rassismusbezug eingegangen sind. Im Jahr 2018 waren es ganze acht! Nach Prüfung der Einzelsachverhalte wurde im Ergebnis in beiden Jahren je eine (!) Beschwerde als berechtigt bewertet und es erfolgten entsprechende Maßnahmen. Es lässt sich klar ableiten: Der

Sumpf, der dort trocken-zulegen ist, ist „gewaltig“: Knapp 10.500 Mitarbeiter der Polizei Hamburg leisten sich in zwei Jahren insgesamt zwei berechtigte Beschwerden! Das mittlerweile öffentliche Denunzieren und Verunglimpfen von Polizeibeamtinnen und -beamten ist unerträglich. Tagtäglich leisten unsere Kolleginnen und Kollegen, teilweise unter schwierigsten Bedingungen, eine hervorragende Arbeit, setzen teilweise ihre Gesundheit und ihr Leben für die Gesellschaft ein. Vor dem tragischen

Ereignis in den USA hat niemand ernsthaft über Rassismuskritik in der deutschen Polizei gesprochen und jetzt plötzlich werden Polizeibeamtinnen und -beamte zum Fußabtreter der Nation abgestempelt. Wir machen das jedenfalls nicht mit und erwarten auch von der schweigenden Mehrheit in der Bevölkerung den „Aufstand für ihre Polizei“ und von Politikern und der Polizeiführung Rückendeckung – sonst stehen wir eines Tages auch nicht mehr an der Front!

› „UNVERSCHÄMT – INAKZEPTABEL – INFAM“: Reaktionen

Die **DPoIG Hamburg** steht an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diese Diffamierungs- und Verleumdungskampagne nicht stillschweigend hinnehmen und solchen perfiden Angriffen jederzeit die Stirn bieten! Darauf können sich unsere Kolleginnen und Kollegen verlassen! Insbesondere der Erste stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**, Joachim Lenders, bezieht in seinem Leitartikel für den POLIZEISPIEGEL eine klare und unmissverständliche Position. Der Artikel „Unverschämt – Inakzeptabel – Infam“ wurde vorab über die Social-Media-Accounts und

die Webseite der **DPoIG Hamburg** veröffentlicht. Die Reaktionen via Facebook waren überwältigend. Seit dem 17. Juni wurde der gepostete Beitrag über 400.000 Mal aufgerufen, mehr als 2.800 Mal geliked, 3.700 Mal geteilt und von mehr als 500 Usern kommentiert (Stand: 29. Juni 2020). Die Mehrheit der User teilt die Auffassung der **DPoIG** und verurteilt die öffentliche Verunglimpfung und die pauschalen Rassismuskritik gegenüber der deutschen Polizei. Eine (kleine) Auswahl von Reaktionen wollen wir an dieser Stelle gerne veröffentlichen.



© Screenshot DPoIG Hamburg (18)



# #CORONAHH: Einsatzbegleitung weiter mit Abstand

Nestlé unterstützt **DPoIG Hamburg** – danke!

Von Ronald Helmer, stellvertretender Landesvorsitzender

An den ersten beiden Juni-Wochenenden kam der „Demo-Zug“ wieder in Fahrt. Die Hamburger Innenstadt, rund um Hauptbahnhof, Rathausmarkt und Jungfernstieg, wurde wieder zum Ort für diverse Versammlungslagen. So hieß es dann auch wieder für die **DPoIG Hamburg**: Klar zur Einsatzbegleitung! Aber wie organisiert man eine gewerkschaftliche Einsatzbegleitung für die Kolleginnen und Kollegen unter Einhaltung der Hygiene-richtlinien in Zeiten einer Pan-

demie? Uns war klar, dass die bewährte Gruppenbildung der Einsatzkräfte am **DPoIG-Bus** immer noch unbedingt vermieden werden musste, sodass leider eine Ausgabe der beliebten Snacks und Getränke wie Kakao und Kaffee am Bus für unsere Kollegen nicht infrage kam. Umso willkommener war das Angebot der Firma Nestlé, unsere Gewerkschaft mit einem großen Posten Pralinen für die Kolleginnen und Kollegen auszustatten. Der Kontakt zum Nestlé-Management er-



> Landesvize Freddi Lohse war, bei seiner wahrscheinlich letzten Einsatzbegleitung (!) vor der Pensionierung, zusammen mit Andreas Reimer für die Kolleginnen und Kollegen unterwegs.



> Landesvize Ronald Helmer am Start zur „Baci“-Verteilung.

folgte auf dem „kurzen Dienstweg“ und die Verlastung der Pralinen vom Wandsbeker Schokoladenwerk in den Holzdamm klappte problemlos. Da die Trüffel-Haselnuss-Schokopralinen „Baci“ sowohl in Schachteln als auch in kleinen Präsenttütten verpackt waren, war es für unsere beiden Betreuungsteams Freddi Lohse und Andreas Reimer sowie einen Tag später Ronald Helmer und Flemming Schade ein Leichtes, den Einsatzkräften der Landesbereitschaftspolizei und der Verkehrsdirektion die Süßigkeiten selbstverständlich unter Einhaltung der Corona-Regeln direkt an den Fahrzeugen zu übergeben. Glücklicherweise gestalteten sich die Ver-

sammlungen am 13. und 14. Juni im Gegensatz zur Vorwoche als sehr friedlich, sodass den Kolleginnen und Kollegen ausreichend Zeit für den Schokogenuss blieb. Ein herzliches Dankeschön an Nestlé und insbesondere an Senior Prozessmanager David Breuckmann für die tolle Unterstützung – das war super!





## Alles Gute, liebe Regina!

Für alle Kolleginnen und Kollegen ist der Tag des Ruhestandes über viele Jahre hinweg ein Fixpunkt – „irgendwo hinterm Horizont“ und ganz „plötzlich“ ist er da. Ob es „unserer“ Regina ebenso ergangen ist, wissen wir nicht, vermuten es aber. Nach über 40 Dienstjahren, davon viele Jahre Dienst im Hamburger Osten, ist nun Schluss. Dienstbesprechungen, ein überquellendes E-Mail-Postfach, ständiger Termin- und Zeitdruck – vorbei! Regina Lenders trat am 1. April 1980 in den Polizeidienst ein. Nach der Ausbildung an der Landespolizeischule war sie kurz in der Landesbereitschaftspolizei (FD 933). Danach fand sie ihre wei-

tere Verwendung im Revier-vollzug des PK 32. 1997 wechselte Regina an das PK 35 und wurde Verkehrslehrerin für die allgemeinbildenden Schulen. Im Jahr 2000 wurde sie Verkehrslehrerin am PK 36, hier hatte sie die vorgezogene Dienstaufsicht und war als Obfrau Schnittstelle zwischen den Polizeiverkehrslehrern in der Fläche und der Verkehrsdirektion. 2012 erteilte Regina der Ruf an die Akademie der Polizei als Kommunikationstrainerin. Seitdem unterrichtete sie Auszubildende und Studierende sowie Kollegen in der Fortbildung. Regina ist seit 1982 Mitglied der **DPoIG Hamburg** und war von Beginn an eine enga-

gierte Vertrauensfrau, die sich der berechtigten Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen annahm. Das tat sie immer mit Verve, ohne falsche Scheu vor Autoritäten und ganz viel Kommunikation. Regina war zudem Gleichstellungsbeauftragte und wurde auf dem letzten Landeskongress der **DPoIG Hamburg** zur Beisitzerin der AK gewählt und ist somit Mitglied im Landeshauptvorstand unserer Gewerkschaft. Liebe Regina, leider konnten wir dich nicht so würdigen und verabschieden, wie du es verdient hast und wir es uns gewünscht hätten. Deine Gewerkschaft wünscht dir alles Gute, – bleib



© DPoIG Hamburg

> Regina Lenders

gesund, aktiv, behalte deine optimistische und fröhliche Art. Wir sagen Dankeschön für dein jahrzehntelanges Engagement und freuen uns auf ein Wiedersehen – genieße Deine neue Freiheit!

Der Landesvorstand

## Mehrzweckweste – Funktionskleidung Einen Schritt weiter bei Finanzierung und Ausstattung

Die **DPoIG Hamburg** hatte bereits im letzten Jahr mehrfach gefordert, dass nach der erfolgreichen Einführung der Mehrzweckwesten nun konsequent auch der nächste Schritt

getan wird und die dazugehörige Funktionskleidung auf den Weg gebracht werden muss. Die **DPoIG** forderte unter anderem eindringlich, die zusätzliche Kostenübernahme durch

die Dienststelle inklusive der zeitgemäßen Anpassung der Kleidergeldkonten an die Preise des Logistikzentrums Niedersachsen (LZN)! Nach langen Gesprächen mit den Verantwortlichen kann nun ein weiterer Erfolg der **DPoIG Hamburg** verkündet werden: Die VT teilte mit, dass die Finanzierung von Unterziehhacke und Langarmshirt gesichert ist – die Unterziehhacke soll bereits im September beim LZN bestellbar sein! Weiter soll auch das Bekleidungskonto für den Bezug der Kleidung erhöht werden, damit die Kolleginnen und Kollegen nicht auf den Kosten sitzen bleiben! Die **DPoIG** begrüßt diesen richtigen und notwendigen Schritt ausdrücklich! Nun bedarf es nur noch der politischen Entscheidung, diese Kosten auch im Haushalt 2021/2022 abzubilden, um die-



© DPoIG Hamburg

se so auf Dauer zu sichern – und nicht das Budget der Polizei unverhältnismäßig zu belasten! Zusammen mit den Mitteln für die ebenfalls dringend erforderlichen Maßnahmen zur Modernisierung der Polizei – wie unter anderem die flächendeckende Ausstattung mit MobiPol-Geräten – ist dies ein klarer Auftrag an die neu konstituierte Hamburgische Bürgerschaft: nicht wieder in die trägen und behäbigen Verhaltensmuster der Vergangenheit fallen, sondern mutig und zielstrebig anpacken!

Fachbereichsvorstand  
Schutzpolizei

### > WSP ist wieder auf den Hund gekommen

Nach vielen Jahren gibt es wieder einen Kollegen der Wasserschutzpolizei, der als Diensthundführer tätig ist. Herzlichen Glückwunsch an Tim Traß und seinen Partner „Apollo“ zur erfolgreich abgeschlossenen Diensthundeprüfung. Für Tim, der viele Jahre zur Stammesbesatzung des Fortbildungs- und Einsatzzuges der Wasserschutzpolizei (WSP 7) gehörte, geht damit ein lang gehegter Herzenswunsch in Erfüllung. Wir wünschen ihm und der Fellnase eine erfolgreiche Zeit bei LBP 72.



© Frank Riebow (2)



## LBV: Aufgabenübertragung zur Polizei „Zurück in die Zukunft“

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung



© Windmüller

> Beate Petrou

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde vereinbart, dass der Landesbetrieb Verkehr (LBV) in der neuen Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) aufgeht. Das bedeutet, die Be-

das Genehmigungsverfahren „Großraum- und Schwertransport sowie Veranstaltungen“, gehören nun ab sofort zur Polizei. Beide Aufgaben waren früher schon einmal der Polizei zugewiesen. Bei der Verkehrsüberwachung fand der Wechsel erst vor ein paar Jahren statt. In der Vergangenheit haben unsere Angestellten im Polizeidienst aus den Verkehrsstaffeln die Betreuung der stationären Blitzeranlagen und die Bildauswertung übernommen. Heute führen die Kolleginnen und Kollegen der Verkehrsdirektion noch die mobile Verkehrsüberwachung mit modernen Messfahrzeugen durch. In diesen Aufgabenbereichen war es in letzter Zeit vermehrt der Wunsch der Kol-

aufstellen und die IT betreuen. Daneben wurde die Bildauswertung von Kolleginnen und Kollegen des Parkraummanagements vorgenommen, die sie in einem rollierenden Verfahren mit einem Anteil von rund 20 Prozent ihrer Tätigkeit erledigt haben. In der Polizei wurde Ende Juni dieses Jahres eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Aufgabenübertragung und Organisation innerhalb der Polizei befasst. Die Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig unter der Leitung des Leitungsstabes und auch Beate Petrou ist dort als Personalratsmitglied vertreten. Zunächst konnte eine Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2020 erarbeitet werden.

gungsverfahren Großraum- und Schwertransport sowie Veranstaltungen“ sind per Gesetz seit dem 1. Juli Teil der Polizei. Aber es steht noch nicht fest, wo sie organisatorisch angebunden und wo langfristig ihre Arbeitsplätze sein werden. Auch die Kollegen aus dem Parkraummanagement, die bisher im Abordnungswege die Bilder ausgewertet haben, wissen nicht, wie es weitergeht. Schließlich erwartet sie eine neue Behörde und die Aussicht auf viele neue Zuständigkeitsgebiete zur Kontrolle des Anwohnerparkens. Die Polizei muss derzeit in Windeseile Modelle entwickeln, wie, wo und mit welchem Personal diese neuen Aufgaben erledigt werden. Für die **DPoIG Hamburg** ist es wichtig, eine größtmögliche Berufszufriedenheit und Sicherheit bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen zu erreichen und für Transparenz bei der Umorganisation zu sorgen. Fest steht: Die jeweilige Entgeltgruppe bleibt erhalten, der Arbeitgeber bleibt die Stadt Hamburg, die Gleitzeitregelungen gelten weiterhin in den bisherigen Tagesdienststellen und über alles andere wird derzeit gesprochen und verhandelt. Es gilt, die Interessen der Stadt mit den Bedingungen in der Polizei und der neuen Verkehrsbehörde mit den Anliegen der Beschäftigten zur Zufriedenheit aller zu bündeln. Der Personalrat der Polizei sitzt mit am Verhandlungstisch und die **DPoIG Hamburg** wird ihren Mitgliedern bei allen Fragen und Problemen helfend zur Seite stehen. ■



© DPoIG Hamburg

> Waren bereits im letzten Jahr zu Gast bei der **DPoIG** – Kolleginnen und Kollegen des LBV.

reiche Zulassung und Führerschein sowie das Parkraummanagement werden aus der Behörde für Inneres und Sport herausgelöst und zur Verkehrsbehörde verlagert. Diese Neustrukturierung ist per Gesetz bereits zum 1. Juli dieses Jahres vollzogen worden. Die bisherigen Sachgebiete des LBV, wie die Verkehrsüberwachung und

legen, die Arbeitsplätze hinsichtlich ihrer IT-Komplexität zu überprüfen, mit dem Ziel einer möglichen höheren Einstufung als EG 6. Die Technik hat sich im Laufe der Zeit sehr verändert. Mittlerweile gibt es im LBV drei verschiedene Messsysteme und Tarifbeschäftigte der EG 8, die die Messcontainer und Anhänger

Für die betroffenen Mitarbeiter bringt das erst einmal große Unruhe: Die Kollegen der Verkehrsstaffeln sind verunsichert, weil ihre ehemaligen Aufgaben zur Polizei zurückkommen, aber wo werden sie zukünftig abgearbeitet? Kollegen des LBV aus der Verkehrsüberwachung und aus dem Bereich „Genehmi-

# Polizei 2040: Wie digital wird die innere Sicherheit?

Von Ricardo Bolz, JUNGE POLZEI

Aktuell hat immer noch die COVID-19-Pandemie unsere volle Aufmerksamkeit. Doch es wird auch eine Zeit nach der Pandemie geben. Die Zukunft wird von rasanten Veränderungen geprägt sein, die auch die Polizei nicht auslassen werden dürfen. Wie können mögliche Entwicklungen innerhalb der nächsten 20 Jahre aussehen und was bedeuten diese Innovationen für die Polizei, jeden einzelnen Polizeibeschäftigten und die gewerkschaftliche Arbeit? Gerade wurden die ersten Smartphones für den Dienstbetrieb an die Mitarbeiter ausgegeben. Diese Endgeräte dürfen von den Kolleginnen und Kollegen sogar mit nach Hause genommen werden – natürlich unter Beachtung aller Datenschutzrichtlinien. Doch die Smartphones sollten nur der Anfang sein. Neue Ausrüstungsgegenstände und beispielsweise die ständige Fortentwicklung der Streifenwagen zeigen, dass die Ausrüstung und Ausstattung der Polizei ein dynamischer Prozess ist. Bei der Beschaffung

und dem Einsatz neuer Technik hängen die meisten Behörden immer etwas hinterher und nicht immer geht es nur um fehlendes Geld. Es liegt auch daran, dass wegweisende Technologie immer zuerst für die Wirtschaft oder die privaten Konsumenten entwickelt wird. Aus diesem Grund müssen Behörden oftmals neue Technik zunächst umständlich anpassen oder gänzlich neue Lösungen erarbeiten. Zum Beispiel existiert der sichere VPN-Tunnel schon mehr als 20 Jahre, wird aber erst seit kurzer Zeit im größeren Maßstab durch die deutschen Behörden genutzt. Die Pandemie hat hier sehr gut gezeigt, dass es einen großen Bedarf gibt. Ein Vergleich mit anderen Ländern wie dem kleinen Estland oder den USA zeigt deutschlandweit einen gravierenden Digitalisierungsrückstand der öffentlichen Verwaltung. Die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten ist bereits auf einem guten Weg. DEIG (Taser) und Netbooks auf dem Streifenwagen, Videoka-



> Ricardo Bolz

meras, die der Einsatzzentrale die Möglichkeit geben, live am Einsatzort dabei zu sein, sind positive Beispiele. Auch Navigationsgeräte, die andere Einsatzfahrzeuge und deren Fahndungsräume anzeigen, sind ein guter Anfang. Die gesamte Vorgangsfertigung erfolgt digital, davon können andere Behörden nur träumen. Die Aufnahme von Aussagen ge-

schieht unter Zuhilfenahme von Übersetzungs-Apps und Diktiergeräten – später werden die Aussagen von einer Software verschriftet. Hier soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass teils gravierende Unterschiede bei den Polizeien von Bund und Ländern festzustellen sind. Oft hängt es auch davon ab, wer gerade wo mit wem regiert. Der unterschied-





liche Einsatz von Tasern oder Bodycams soll als Stichwort genügen. Vor 20 Jahren war an die meisten dieser, oft bereits vorhandenen, technischen Unterstützungen nicht zu denken.

**■ Doch wie geht es weiter? Wie sieht die Polizeiarbeit im Jahr 2040 aus? Versuch, einen Blick in die Zukunft zu werfen**

Eine der größten Veränderungen wird sich auf unseren Straßen vollziehen. Selbstfahrende Fahrzeuge bestimmen das Stadtbild. Staus gibt es – dank ständiger digitaler Kommunikation aller Verkehrsteilnehmer und der Verkehrsinfrastruktur – fast nicht mehr. Die Verkehrsunfallbearbeitung, sofern es sie noch gibt, wird fast ausschließlich digital erfolgen. Die „polizeiliche“ Arbeit wird direkt durch den Bordcomputer der Fahrzeuge übernommen. Kommt es zu einem Unfall, lässt sich der Hergang fast lückenlos rekonstruieren. Auch Fahrerflucht ist so nicht mehr möglich, da die verunfallten Fahrzeuge die Daten des jeweils anderen Beteiligten speichern. Auch die Fahrzeugantriebe werden sich verändert haben. Große Teile des Fuhrparks der Polizei werden mit Strom oder Wasserstoff betrieben. Klagen über mangelnde Reichweite gehören schon lange der Vergangenheit an. Ordnungswidrigkeiten wie Geschwindigkeitsüberschreitungen ebenfalls, da die Datenströme des Verkehrsnetzes jederzeit auslesbar sind. Auch die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen wird sich grundlegend verändern. Im Zuge der Digitalisierung werden alle Daten eines Einsatzes via Bodycam oder vielleicht sogar via Kontaktlinse aufgezeichnet und auf Servern gespeichert. Dabei identifiziert eine Gesichtserkennungssoftware fast jede Person innerhalb von Sekunden und kann einen auto-

matischen Abgleich mit allen zur Verfügung stehenden Datenbanken durchführen.

Sämtliche Personendaten, vom Strafregister bis zu Bewegungsprofilen, werden der Polizei sofort zur Verfügung stehen.

**■ Alle Bürger werden über eine „Digitale Persönlichkeit“ verfügen**

Hier werden alle Daten zusammengefasst, inklusive aller möglichen Rechte und Pflichten des Einzelnen. Die Cyberkriminalität wird einen rasanten Anstieg erleben und nahezu die Hälfte aller begangenen Straftaten ausmachen. Allerdings ist auch hier eine Einschränkung der Nutzung des Cyberspace über die „Digitale Persönlichkeit“ durch staatliche Stellen möglich. Die polizeiliche Einsatzführung wird ebenfalls einen Wandel erleben. Drohnen beobachten das Einsatzgeschehen und zeichnen selbstverständlich auf. Die Einsatzleiter koordinieren ihre Kräfte digital. Observationen benötigen nur noch einen sehr geringen beziehungsweise keinen Personaleinsatz mehr. Monitorprogramme im Körper einer Person können den Einsatzkräften vor Ort direkt Krankheiten oder Verletzungen übermitteln, sodass eine schnelle Erstversorgung am Einsatzort möglich ist. Großeinsätze werden durch einen Führungsstab koordiniert. Dabei wird es möglich sein, verschiedene polizeiliche Lagen in einem digitalen Plan spiel vorab zu simulieren. Dadurch können Eskalationen frühzeitig verhindert werden. Dabei kommen der Polizei auch die Bewegungsprofile von potenziellen Störern zugute.

Die Kriminalpolizei wird aus allen elektronischen Geräten Informationen auslesen können, die zur Aufklärung von Straftaten nötig sind. Hierbei



© Pixabay

werden sie von künstlicher Intelligenz (KI) unterstützt. KI selektiert und visualisiert die gigantischen Datenmengen vorab und gibt dem Ermittler eine auf seine spezifische Abfrage ausgelegte Zusammenfassung. Durch die „Digitale Persönlichkeit“ lassen sich sämtliche Biosignaturen an einem Tatort erkennen sowie schnell und präzise auswerten. Wem gehört die DNA? Wie hoch war der Puls bei einem Tatverdächtigen zur Tatzeit? Hatte er Alkohol im Blut und kann er sich wirklich an nichts mehr erinnern? Das vereinfacht die Überprüfung von Aussagen und Alibis erheblich.

Es ist davon auszugehen, dass sich zu diesem Zeitpunkt kein Bargeld mehr im Umlauf befindet, da sämtliche Finanztransaktionen digital abgewickelt werden. Jede Kontobewegung ist nachvollziehbar. Allerdings werden durch die Digitalisierung auch Möglichkeiten geschaffen, Finanztransaktionen anonym abzuwickeln. Die Chance für die Rückgewinnung kriminell zustande gekommener Vermögen, wird gigantisch sein, aber auch die Möglichkeit solche Vermögen zu verstecken. Mit den bereits beschriebenen Verfahren wird auch die Arbeit der Justiz erleichtert. Mittels der aufgezeichneten Daten besteht die Möglichkeit, Tathandlungen besser nachvollziehen zu können. Es wird

möglich sein, alle Daten zu einem Profil zusammenzuführen. So kann man die gesamte Situation vor Ort nachstellen. Eine digitale Tatortbegehung wird Alltag sein. Eine Art „Richter-KI“ wird kleine Delikte selbstständig bearbeiten. Hierzu nutzt sie die Erfahrung aus bereits verhandelten, ähnlichen Fällen. Ein Ladendiebstahl wird also höchstwahrscheinlich nur noch in Ausnahmefällen vor einem menschlichen Richter landen.

**Das alles wird möglich sein! Da es hierbei nicht nur um das technisch Machbare geht, sondern um Grundrechtseingriffe, bedarf es zuvor selbstverständlich einer breiten gesellschaftlichen Debatte.**

Diese Diskussion wird kommen und die DPoIG als Interessenvertreter der Polizeibeschäftigten wird sich diesem Diskurs nicht verschließen. Um mit der Digitalisierung Schritt zu halten benötigen wir meines Erachtens als Polizei mehr eigene Fähigkeiten, Forschungsmittel und Testumgebungen. Fertigkeiten im Umgang mit Soft- und Hardware müssen effizienter trainiert und praxisnäher gelebt werden. Zudem fehlen IT-Spezialisten in der Fläche, um das mögliche Potenzial richtig auszuschöpfen. Denn eines ist sicher, die Digitalisierung ist unumkehrbar. ■

## Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“  
Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.  
**Peter Schölermann · Tel. 01 76/82 25 95 94**